

# Grausame Zustände in Griechenland: Menschenrechte und Bewegungsfreiheit statt Lager und Abschottung!

Es ist absurd, dass wir heute hier demonstrieren, dass wir uns auf die Straße stellen müssen, um die Aufnahme von Menschen aus dem Grauen der ägäischen Inseln zu fordern. Die Aufnahme in Kommunen, die schon vor über einem Jahr erklärt haben, dass sie Platz haben und dass sie mehr geflüchtete Menschen aufnehmen wollen. Dass wir dagegen demonstrieren, dass Kinder und Jugendliche auf den ägäischen Inseln, auf dem griechischen Festland und in anderen Hotspots in und um Europa einen täglichen Überlebenskampf führen. Dass wir dafür demonstrieren, dass sie nicht weiter in Sorgen leben müssen, die ein Mensch und insbesondere Kinder niemals haben sollten. Die Sorge, ob sie die nächste Nacht überstehen, in einem Zelt, manchmal bei Minusgraden.

Täglich erleben sie dort Gewalt, wo sie doch eigentlich auf der Suche nach einem sicheren Leben waren. Die Teams von Ärzte ohne Grenzen (MSF) schlagen Alarm wegen der hohen Zahlen an Suizidversuchen und Selbstverletzungen, und dass schon bei Kindern ab zwei Jahren. Es macht uns wütend, dass wir heute hier stehen und für etwas demonstrieren, dass selbstverständlich sein sollte. Die Bereitschaft ist da, Kommunen wollen sich solidarisch zeigen und doch blockieren die Entscheidungsträger\*innen jegliche Initiative. Die Menschen, die an den Grenzen in und um Europa ausharren, die am Weiterkommen gehindert und deren Rechte missachtet werden, werden so zum Spielball politischer Mächte.

Die lebensgefährlichen Bedingungen in Griechenland fordern seit Jahren immer wieder Todesopfer, doch in den vergangenen Wochen eskalierte die Lage immer weiter und das nicht nur auf den Inseln, sondern im ganzen Land.

Wir möchten an dieser Stelle aus einer Mail vorlesen, in welcher die Verhältnisse in Griechenland mit Fokus auf Thessaloniki geschildert werden:

"Push-backs passieren auf brutalste und entwürdigendste Weise noch bis kurz vor Thessaloniki. In dem von dem deutschen Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) betriebenen Container Camp "Diavata" graben sich Menschen in ihrer Verzweiflung Löcher unter die Container, um wenigstens ein bisschen Wärme zu haben. Das Camp "Fylakio" im Osten wird von allen nur als "Höllenlager" bezeichnet. Dort bekommen Menschen gerade nur so viel Essen, dass es zum Überleben reicht. Es gibt keine medizinische Versorgung, die Menschen müssen zusammengepfercht auf kleinstem Raum leben, es gibt Berichte von Vergewaltigungen, Menschen verlieren den Verstand. Auf der Straße von der Ostgrenze an Kavala vorbei nach Thessaloniki kommt es jede Woche zu



mindestens einem <u>Unfall mit regelmäßig Todesfällen</u>, weil die Polizei Autos mit Geflüchteten auf einer engen Route jagt. Im Nordosten sollen jetzt wieder bewaffnete Bürgerwehren ganz in der Tradition der früheren rechtsradikalen anti-kommunistischen Gruppen eingeführt werden. Ganz zu schweigen natürlich von der Kriminalisierung und den Masseninhaftierungen. Oder den neuen widerlichen Plänen zu diesen "Barrieren im Wasser".

# Diese Zustände sind von der Europäischen Union gewollt und keine Einzelfälle.

Mit meterhohen Zäunen aus Stacheldraht, der Ausweitung und Militarisierung von Überwachung und Kontrolle sowie der Illegalisierung und Inhaftierung von Menschen auf dem Weg schottet sich die Festung Europa immer stärker ab. Die schändliche Maxime lautet: Sterben lassen statt Aufnehmen, Abschottung anstatt Schutzgewährung. Ihre tödlichen Grenzen hat die EU längst in Drittstaaten verlagert. Dort stützt sie autoritäre Regime und steckt Unsummen in die Militarisierung, um Menschen erst gar nicht in das Sichtfeld der Europäer\*innen zu lassen.

Die EUhatdem Menschenschmuggel den Kampfangesagt, um die Ankunftszahlen zu senken. Opfer dieser Politik werden sowohl Menschen, die in Solidarität mit Flüchtenden handeln, als auch Schutzsuchende selbst – kriminelle Netzwerke, die auf Profit aus sind, bleiben davon unbehelligt. Zugleich scheut sie sich nicht davor die sogenannte "libysche Küstenwache" zu finanzieren, die Menschen zurück in die Folterlager in einem Bürgerkriegsgebiet bringt.

#### Auch auf europäischem Boden rechtfertigt der "Kampf gegen Menschenschmuggel" willkürliche Festnahmen, Anklagen und jahrelange Haftstrafen von Schutzsuchenden und solidarischen Menschen.

Wenn beispielsweise ein Boot in Griechenland anlegt, verhaftet die griechische Polizei die Personen, von denen sie annimmt, dass sie das Boot gesteuert haben, in Seenot Hilfe gerufen haben oder auch nur, weil sie als einzige Personen Englisch sprechen. Grundlage dafür ist die griechische Gesetzgebung, nach der jede Person, die Fahrer\*in eines Gefährts ist, mithilfe dessen Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere nach Griechenland einreisen als Schmuggler\*in eingeordnet wird. Diese Personen werden wegen Menschenschmuggel angeklagt und verurteilt, oft zu absurd hohen Haftstrafen.

Dies sind keine tragischen Einzelfälle oder Justizirrtürmer: Im Zeitraum von 2016 bis 2017 beobachtete eine NGO auf Lesbos 41 solcher Fälle. Im Durchschnitt



wurden die Angeklagten zu 44 Jahren verurteilt von denen durchschnittlich 19 Jahre in Haft verbüßt werden müssen. Zusätzlich wurden sie zu Geldstrafen in Höhe von durchschnittlich 370.000 Euro verurteilt. Die Gerichtsverhandlungen, die zu diesen krassen Urteilen führten, dauerten allerdingst im Schnitt nur dreißig Minuten. Weit weg von den Kameras und der Aufmerksamkeit der Medien werden diesen Menschen die Grundrechte auf ein faires Verfahren verweigert. Es fehlt an angemessenen Übersetzungen und adäquatem rechtlichen Beistand! Die Anklage stützt sich oft lediglich auf die Aussage der Grenzpolizei oder auf verdrehte Aussagen und fadenscheinige Indizien.

### Freiheit für Hamza Haddi und Mohamed Haddar! Die willkürliche Inhaftierung von Geflüchteten und Migrant\*innen in der Europäischen Union muss enden!

Wir möchten euch an dieser Stelle kurz von einem solchen Fall erzählen, der am Dienstag, 4. Februar 2020 im griechischen Komotini verhandelt wurde. Vielleicht habt ihr durch unsere Solidaritätskampagne schon von Hamza und Mohamed gehört: Die beiden kamen im Sommer 2019 gemeinsam mit zwei anderen Menschen auf einem kleinen Boot über den Evros, das ist der Grenzfluss zwischen der Türkei und Griechenland. Einer davon war Hamzas Bruder Yassine, der andere ein Freund von Mohamed. Hamza und sein Bruder hatten die anderen beiden kurz zuvor in der Türkei kennengelernt nachdem sie Marokko verlassen hatten, wo Hamza als politischer Aktivist Repressionen ausgesetzt war.

Sofort nach ihrer Ankunft am griechischen Ufer wurden die vier verhaftet und von den griechischen Beamt\*innen geschlagen und gedemütigt. Der einzige Mensch in der Gruppe, der Englisch sprach, wurde vernommen und am Ende gezwungen ein Statement auf Griechisch zu unterschreiben, das er weder lesen noch verstehen konnte. Er widerrief es später und erklärte, dass seine Aussagen verdreht worden seien. Auf Grundlage dieses dubiosen Statements wurden Hamza und Mohamed angeklagt wegen "Beihilfe zur illegalen Einreise", sowie "organisierter Kriminalität und finanzieller Bereicherung". Die Vorwürfe, absurd.

## Die Anschuldigungen gegen Hamza und Mohamed sind offenkundig unbegründet. Die beiden sind Geflüchtete, keine Schmuggler.

So oder so ähnlich sehen viele der Prozesse gegen die sogenannten "Schmuggler" aus. Manchmal trifft es Menschen, die einfach nur zur falschen Zeit am falschen Ort waren, die falsche Sprache sprachen oder Hilfe in Seenot rufen wollten. Und manchmal trifft es Menschen, die, um ihre eigene Überfahrt oder die ihrer Familien bezahlen zu können, einwilligen das Boot zu steuern. Ihnen allen droht ein Leben hinter Gittern.



Am 4. Februar 2020 wurden Hamza und Mohamed in Komotini zu vier Jahren Haft wegen "Beihilfe zur illegalen Einreise" verurteilt. Zu diesem Zeitpunkt waren sie bereits 7 Monate in Untersuchungshaft. Der Anwalt bewertete das Urteil als ausgesprochen mild und betonte, dass es nur so niedrig ausgefallen sei, weil vergleichsweise viel öffentliche Aufmerksamkeit vor der Verhandlung organisiert wurde und viele Menschen zur solidarischen Prozessbeobachtung erschienen. Beim Großteil der Prozesse ist das nicht der Fall, von den meisten Fällen werden wir wahrscheinlich nicht einmal erfahren.

Wir sind heute hier, um laut zu sein und uns zu widersetzen gegen diese Politik der Kriminalisierung und Illegalisierung!

Wir fordern Bewegungsfreiheit für alle und ein Ende der Festung Europa. Abschottung, Tod und Angst dürfen keine "Europäische Lösung" sein!

Wir fordern die Politik auf, Solidarität und Humanität zu Leitlinien ihres Handelns zu machen.

Wir fordern Diskussionen, in denen Migration und Flucht nicht problematisiert, sondern als Realität anerkannt werden.

Wir fordern menschliche Lösungen, die der Ziehung sichtbarer und unsichtbarer Grenzen Alternativen entgegensetzen und das Sterben von Menschen auf der Flucht beenden.

Fähren statt Frontex und Solidarität statt Ausgrenzung!

Kontakt

borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

https://www.borderline-europe.de mail@borderline-europe.de